

Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland

Kurzbeschreibung des Buches von Dr. Carsten Linnemann
und Prof. Winfried Bausback (Hg.)
(Herder Verlag, 2019)

Das Buch enthält Artikel von 15 Autoren, die alle dem politischen Islam kritisch gegenüberstehen. Das sind: Ruud Koopmans, Bassam Tibi, Marwan Abou Taam, Winfried Bausback, Sascha Adamek, Necla Kelek, Joachim Wagner, Ahmad Mansour, Michael Blume, Christine Schirrmacher, Düzen Tekkal, Markus Kerber, Boris Palmer, Andreas Schnadwinkel und Carsten Linnemann



In der Einleitung definieren die beiden Herausgeber den Begriff „politischer Islam“ als die radikale Ausprägung des Islam, der den westlichen Lebensstil und die Rechtsordnung bekämpft (S. 7). Durch die starke Zuwanderung aus muslimischen Ländern gibt es Probleme, die Migranten sind kulturell oft wesentlich anders geprägt. Enttäuschte Erwartungen führt zu einem Anwachsen des Salafismus, aber auch hier geborene sind laut einer Studie aus Münster² oft nur schlecht integriert. Religionsfreiheit darf nicht schrankenlos sein (S. 9). Das Buch entstand, um den politischen Islam zurückzudrängen und den liberalen Kräften Raum zu geben.

„Gehört der real existierende Islam zu Deutschland?“ von Prof. Dr. Ruud Koopmans (Humboldt Uni Berlin) Wenn es „den“ Islam nicht gibt (wie Apologeten behaupten) dann kann „der“ Islam auch nicht zu Deutschland gehören (S. 11). Koopmans stellt dagegen die Frage, welcher Islam zu Deutschland gehört (S. 12). Er beantwortet die Frage empirisch durch Betrachtung der islamisch dominierten Länder, in denen es – fast keine Demokratie gibt – keine Meinungsfreiheit gibt – keine Trennung Staat und Religion gibt – Andersgläubige verfolgt werden, insbesondere Apostaten – keine Gleichberechtigung gibt – aber häufig Bürgerkriege (S. 13/14). Der real existierende Islam passt daher weder zu Deutschland noch zu Europa. Koopmans betrachtet die islamischen Organisationen in Deutschland und zitiert aus DITIB-Predigten³, in denen der Märtyrertod verherrlicht wird. Mili Görüs schürt Judenhass, im Zentralrat der Muslime sind einige Organisationen verfassungsfeindlich. Die in Deutschland lebenden Muslime haben mehrheitlich (62% !) ein fundamentalistisches Glaubensverständnis, bei Christen sind das wesentlich weniger (16%, S.19). Verschwörungstheorien sind verbreitet, insgesamt leben Muslime eher gemäß der Kultur ihrer Herkunftsländer (S. 20). In der Schlussbemerkung bedauert Koopmans die mangelnde Unterstützung von liberalen Reformkräften des Islam in Deutschland (S. 21/22).

„Wie die Integration islamischer Zuwanderer nach Europa behindert wird“ von Prof. Bassam Tibi. Tibi plädiert für eine begriffliche Trennung von Islam und Islamismus (=politischer Islam), Religionsfreiheit kann es nur für den spirituellen Glauben geben. Er spricht von einer Religionisierung der Politik statt von Politisierung der Religion (S. 25). Ein Islamverständnis der Politik ist notwendig für eine erfolgreiche Integration von Muslimen. Fundamentalismus kommt in

1 *Kursive Stellen* im Text sind Erläuterungen bzw. Anmerkungen aufgrund meiner anderweitigen Erfahrungen/Kenntnisse, nicht Inhalt des Buches.

2 https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integration_und_religion_aus_sicht_tuerkeistaemmiger.pdf

3 DITIB-Predigten werden i.A. von der türkischen Regierungsbehörde geschrieben

allen (Schrift-)Religionen vor⁴. Aufklärung (*über Islam / Fundamentalismus*) ist auch von muslimischer Seite notwendig, der Vorwurf der Islamphobie⁵ ist wenig hilfreich. Politiker müssen darauf achten, dass keine Islamisten als Sprecher der Muslime auftreten, Ghettobildung ist zu vermeiden (S. 28). Andere Kulturen sind nicht immer kompatibel zu Europa, Tibi plädiert für die Entwicklung eines Euroislam (auch S. 37). Er zitiert aus einer Rede des islamistischen Vordenkers al-Maududi, der Islam und Demokratie als total unverträglich bezeichnet (S.31). Er warnt vor zu weitgehenden Minderheitsrechten, da damit die Vorstellung eines Gottesstaates in den Ghettogemeinden entstehen kann (S.32) und bürgerkriegsähnliche Zustände nicht ausgeschlossen werden können (S. 33). Tibi erwähnt ein 5-bändiges Werk, entstanden aus einem wissenschaftlichen Fundamentalismus-Projekt in den USA, das leider in Europa kaum bekannt ist (S. 34/35). Danach ist Fundamentalismus - 1. totalitär – 2. politisch in religiösem Gewand – 3. schriftgläubig aber selektiv – und 4. fast ausschließlich von Männern dominiert, die aber wenig theologisch gebildet sind. (S. 36). Fundamentalismus, der teils mit den Migranten nach Europa kam, bedient sich traditionalistischer Sprache ohne Traditionen zu beachten und speist sich aus der unbewältigten Moderne (S. 37). Islamische Fundamentalisten bekämpfen den lokalen Staat und die globale Weltordnung, sind religiös motiviert⁶ (S. 39). Zum Schluss plädiert Tibi für die Europäisierung des Islam (Reform-Islam) statt einer drohenden Islamisierung der Politik, in diesem Sinne arbeitet auch die von ihm mitgegründete „Initiative säkularer Islam“ (S. 40/41).

„Islam zwische Reform und Konfrontation“ von Dr. Taam. Das Wiedererstarken der Religion in Gestalt des Islam trifft die Verantwortlichen völlig unvorbereitet; die Art der Religiosität ist den (sicherheits-)politischen Akteuren weitgehend unbekannt (S. 42). Die Gefährdung der europäischen Identität kann zur Katastrophe führen. Drei (theologische) Bereiche bedürfen intensiver Reformanstrengungen durch die Muslime selbst: 1. Das Gottesbild – 2. die Beziehung zu Anders/Ungläubigen – 3. das Verhältnis Islam / Säkularität⁷. Das Staatsverständnis ist, laut Taam, nicht in Koran und Sunna enthalten sondern wird, teils widersprüchlich, aus dem Beispiel Mohammeds abgeleitet (S. 44/45). Auf S. 45-47 wird die Gesellschaftsstruktur zur Zeit Mohammeds vor und nach der Hidschra beschrieben; Mohammed war in Medina (Schieds-)Richter und kein Staatsgründer. Ab S. 48 beschreibt Taam den Diskurs zwischen (fortschrittlichen) Philosophen und (dogmatischen) Theologen aus der Frühzeit des Islam, der auch den heutigen innerislamischen Diskurs prägt. Leider haben sich im 12. JH die Dogmatiker durchgesetzt. Ibn Khaldun (1332 – 1406, Tunesien) hat die Stärke eines Staates auf den inneren Zusammenhalt zurückgeführt und dafür den Begriff *Asabiyya*⁸ eingeführt. Ibn Rushd (1126 – 1198) hat die Vernunft als zentrales Gebot des Islam aufgefasst (S. 49). Ibn Rushd bediente sich auch griechischer Quellen, wie auch andere islamische Philosophen, obwohl sie gläubige Muslime waren. Dogmatische Denker wie al-Ghazali und ibn Taymiya setzten sich durch, Fundamentalisten berufen sich auf sie (S. 50/51). Taam plädiert für eine Wiederbelebung der liberalen Ansätze. Er bezeichnet den Islamismus als konsequente Anwendung des orthodoxen (*dogmatischen*) Islam (S. 52). Im folgenden (- S. 56) beschreibt er den islamischen Staat und den Salafismus bis hin zum bewaffneten Djiha. Im nächsten Kapitel (S. 56/57) werden Reformtheorien und ihre Vertreter beschrieben, die ebenfalls alte, aber modern anmutende Ansätze wiederbeleben möchten. Im Fazit betont Taam diesen Aspekt nochmals (S. 58), beklagt dass das momentan nicht mehrheitsfähig ist, betont aber,

4 Ist aber im Islam derzeit besonders problematisch

5 Eine Phobie ist eine Krankheit, eine schwere psychische Störung, die behandelt werden sollte. Islamkritikern „Islamphobie“ vorzuwerfen kommt dem Vorwurf gleich, sie seien krank.

6 Die Motivation kommt auch aus tieferen unbewussten Schichten, aber die Religion legitimiert entsprechende Handlungen

7 Wie stark der Begriff des Säkularen in muslimischen Kreisen anders verstanden werden kann, zeigt sich z.B. im Buch „Grüß Gott, Herr Imam“ des Penzberger Imams Idriz. Er schreibt „So betrachtet ist der Islam seinem Wesen nach „säkular“ und bedarf insofern nicht eines „Säkularisierungsprozesses“ von außen.“ (S. 128 in seinem Buch)

8 Bassam Tibi hat den Begriff *Asabiyya* ins Deutsche mit „Leitkultur“ übersetzt. Dieser Begriff wurde später u.a. von Friedrich Merz (CDU) aufgegriffen.

dass in der mittelalterlichen islamischen Blütezeit durchaus Ansätze dazu vorhanden waren (S. 60).

„Der politische Islam und die Grenzlinien des Rechtsstaats“ von Prof. Bausback. Der ehem. bayerische Justizminister beleuchtet den politischen Islam von der juristischen Seite. Er betont, dass seine Anhänger Macht ausüben und universelle Regeln in Staat und Gesellschaft durchsetzen wollen (S. 62). Es darf keinen kulturellen Rabatt bei der Strafzumessung geben und er bringt Beispiele, in denen ein Gericht eine verminderte Hemmschwelle nur aufgrund des kulturellen Hintergrunds strafmildernd berücksichtigt hat (S. 63). Bausback geht auch auf Kinderehen und deren Problematik ein (S. 66), ebenso auf Polygamie. Beides kommt mit Migranten ins Land, für Ehen gilt das Gesetz des Herkunftslandes, daher muss man die derzeitige Rechtslage ändern um dieses Problem in den Griff zu bekommen (S. 68) und verweist dazu auf eine bayrische Regelung. Die weltanschaulich-religiöse Neutralität von Richtern und Staatsanwälten ist ein wichtiges Gut unserer Verfassung, es hat Vorrang vor dem Tragen religiöser Symbole wie dem Kopftuch⁹. Daher ist die Religionsfreiheit in diesem Punkt einzuschränken (S. 69). Die Vollverschleierung ist abzulehnen, in unserer Gesellschaft ist die Mimik ein wesentlicher Bestandteil der Kommunikation. Insbesondere gilt das für Zeugen vor Gericht (S. 73). In einigen europäischen Nachbarländern ist eine Vollverschleierung bereits verboten (S. 74). Bausback verweist auf das Problem, dass es im Islam keine oberste Instanz gibt, die Glaubensinhalte verbindlich definieren kann. Es darf aber nicht sein, dass jede radikale Gruppe sich unter Berufung auf die Religionsfreiheit Verhaltensweisen durchsetzen kann, die unserer Grundordnung widersprechen (S. 71/72). Natürlich darf der Staat nicht Glaubensinhalte definieren (*aber er muss auch nicht alle akzeptieren*).

„Islamistische Geldströme – wie sie einzudämmen sind“ von Sascha Adamek. In Deutschland werden die 960 DITIB-Moscheen und 400 weitere als islamistisch eingestuft, deren Finanzierung aber lange nicht beachtet (S. 75). Adamek nennt Missionierungsorganisationen aus Katar, Saudi-Arabien und Kuwait (S. 76). Katar Charity will weltweit 600 neue Moscheen finanzieren, eine andere Organisation 355, dabei gibt es andererseits aus diesen Ländern nur minimal Entwicklungshilfe (0,2 % des BIP) und auch die ausschliesslich für muslimische Länder (S. 77). Andererseits werden aufwändige Bücher und Broschüren verlegt, auch in Deutsch, die der Missionierung dienen und in denen u.a. beschrieben wird, wie ein Moslem unbotmäßige Frauen züchtigen soll und dass Apostaten getötet werden müssen (S. 78/79). Handelsbeziehungen mit Ländern, die massiv missionieren wollen, dürfen nicht staatlich unterstützt werden, auch die EU Kommission wäre hier am Zug, bei Verhandlungen mit diesen Ländern Terrorunterstützung offen anzusprechen (S. 80). Adamek plädiert für eine Lockerung des Steuergeheimnisses, damit der Staatsschutz Informationen über Spenden an islamistische Moscheen durch die Finanzbehörden bekommen kann (S. 81/82, auch 84/85). Außerdem sollte die Demokratie-Erklärung wieder eingeführt werden, nach der sich gemeinnützige Organisationen zu unseren Grundrechten bekennen müssen¹⁰ (S. 83). In Deutschland gibt es einen großen Anteil an wenig oder schwach gläubigen Muslimen¹¹, auch unter den angekommenen Migranten ist der Anteil von strenggläubigen nicht sehr hoch (13%, S. 84). Deutschland wird als Rückzugsraum von Terroristen genutzt und als logistische Basis, hier fließen Geldströme in Milliardenhöhe, es wird der Terror auch aus Rauschgifthandel etc. finanziert (S. 86). Adamek plädiert außerdem für eine Beweislastumkehr bei Verdacht von Geldwäsche, wie sie in Italien gegen die Mafia üblich ist, sieht aber die Schwierigkeiten einer Durchsetzung (S. 87). Grundbuchauszüge sollten ebenfalls mit Terrorlisten abgeglichen werden, und mit einem Unternehmensstrafrecht a la USA könnten Firmen von Geschäften mit Terrorstaaten abgehalten werden (S. 88). Auch sollten öffentliche Investoren (Rentenkasse) keine entsprechenden Geschäfte machen. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, es ist unverständlich warum in der GroKo nichts

9 Dabei wird das Kopftuch von namhaften islamischen Theologen nicht als religiöses Symbol gesehen, z.B Dr. Ourghi in seinem Buch „Du musst kein Kopftuch tragen“, auch Necla Kelek ab S. 91

10 Vom Familienministerium (Kristina Schröder) 2011 eingeführt, aber von der GroKo 2014 wieder abgeschafft

11 s. Dr. Michael Blume S. 147 oder auch sein Buch „Islam in der Krise“

passiert (S. 89). Zum Schluss weist Adamek noch darauf hin, dass etliche unterprivilegierte Menschen (*nicht nur Muslime*) zur leichten Beute werden von finanziell groß ausgestatteten islamistischen Anwerbern (S. 90)

„Ist das Kopftuch die Fahne des politischen Islam?“ von Dr. Necla Kelek. Das Kopftuch hat (*in der modernen Türkei*) keine lange Tradition, in den vorausgegangenen Generationen hatten es nur die alten Frauen an (S. 91). Erst seit 1979 – der Revolution im Iran – gibt es verstärkt Bestrebungen zum Islamisieren und Missionieren. Das Kopftuch ist das Symbol dafür, beschäftigt die Öffentlichkeit (S. 92). Kelek erwähnt die Koranverse, die von Verteidigern des Kopftuchs herangezogen werden¹², betont aber, dass nirgends im Koran eine konkrete Vorschrift dazu existiert (S. 93 und 99), es also aus dem Koran nicht begründet werden kann (S. 94). Männern seien nicht in der Lage sich zu beherrschen, die Frauen seien die „Ehre des Mannes“, daher müssen sich die Frauen per Kopftuch schützen wenn sie außer Haus sind. Ausserdem fehle ihnen der Verstand¹³. Das Kopftuch ist im Übrigen auch kein religiöses Symbol (S. 95). Viele Kinder besuchen Koranschulen (S. 96, auch 106, 116), lernen dort ihre Glaubenspraxis. Die „Freiwilligkeit“ des Kopftuchtragens wird durch Angstpädagogik erreicht (S. 97). Um nicht mit Familie/Clan zu brechen passen sich viele Frauen lieber an und rebellieren nicht¹⁴ (S. 99). Man muss Druck aufbauen um Säkularisierung in muslimischen Kreisen voranzubringen und darf keineswegs nachgeben, wenn Grundrechte betroffen sind (S. 100). Die Schule sollte ein Freiraum sein für Mädchen um archaische Vorstellungen abzulegen (S. 101,103), einem Druck durch Mitschüler muss man entgegenwirken (S. 101). Frauen mit Kopftuch transportieren ein bestimmtes Frauenbild (*das wir schon überwunden haben*), Religionsfreiheit darf nicht andere Grundrechte verletzen (S. 102). Das Kopftuch ist ein Symbol für die Unterdrückung der Frau und die Fahne des politischen Islam (S. 104).

„Das wachsende Unbehagen am islamischen Religionsunterricht“ von Dr. Joachim Wagner. In Koranschulen wird ein Weltbild vermittelt, das der Grundgesetz widerspricht, der islamische Religionsunterricht (IRU) soll dazu ein Gegengewicht erzeugen (S. 106). Der rechtliche Rahmen dazu ist schwierig, die bisherige Vorgehensweise bzgl. Christentum passt nicht zum Islam (S. 107). Seit der Reaktion von Erdogan auf den Putschversuch 2016 wird der IRU zunehmend skeptisch gesehen (S. 108), vor allem in Hessen¹⁵ (S. 109). Islamrat und ZdM (Zentralrat der Muslime) sind laut OVG Münster keine Religionsgemeinschaften im Sinne des GG (S. 108). 5 Bundesländer haben IRU als Modell eingeführt, teils von runden Tischen definiert, da die entsprechenden Ansprechpartner fehlen (S. 110). Andere Bundesländer gehen verschiedene Wege, Problem bei den Ansprechpartnern ist aber Verfassungstreue, Unabhängigkeit (vom Ausland) und klare Mitgliederzugehörigkeit¹⁶ (S. 111). Teils werden Moscheevereine bzw. Verbände vom Verfassungsschutz beobachtet, inhaltlich wird oft ein theokratisches Weltbild verfolgt (S. 112). Auch die zunehmende Vielfalt der Glaubensrichtungen ist problematisch (S. 115). Wagner gibt Zahlen zu Besuch von Koranschulen an, meist über 50% der Schüler. Die Ergebnisse der Evaluation des IRU sind recht unterschiedlich (S. 116). IRU hat keine integrativen Effekte, der Geltungsanspruch des Islam wird nicht relativiert, die Erwartungen der Politik ist völlig überzogen (S. 117). Im Fazit beklagt Wagner die mangelnde Berücksichtigung von liberale Islamströmungen beim IRU, fordert einen allgemeinen Werteunterricht statt konfessionsgebundenen und stellt 4 Forderungen an die Politik

12 Islamvertreter berufen sich im Kopftuchstreit u.a. auf Sure 33 Vers 59. Besonders der 2. Satz in diesem Vers scheint bedenklich: „... damit ihr als ehrbare Frauen erkannt **und nicht belästigt werdet**“. Daraus können Männer ableiten, dass man Frauen ohne Kopftuch belästigen darf. s. auch S. 99

13 s. Hadithsammlung von al-Bochari, Buch 6, Hadith 301 „Ich bin noch nie jemand begegnet, der weniger Verstand hat als Frauen“ (Aussage Mohammeds)

14 Aber sondern sich damit von der Mehrheitsgesellschaft ab.

15 Da die DITIB von Erdogan abhängt (s. auch S. 113)

16 Könnte evtl. durch eine „Moscheesteuer“ gelöst werden, s. auch S. 114

auf, da die Schulen die wichtigste Institution für die Integration sind (S. 119 – 121).

„Eine nationale Strategie gegen Radikalisierung“ von Ahmad Mansour. *Ahmad Mansour ist arabischstämmiger, in Israel geborener Psychologe, der in Berlin Islamisten im Gefängnis betreut.* Er beginnt mit einem Fallbeispiel einer alleinerziehenden Mutter, die Angst vor ihrem Sohn hat, der in das extremistische Milieu abgeglitten ist. Er ist trotz guter Noten nach der Schule gestrauchelt. Mansour erklärt damit die Radikalisierungsmechanismen (S. 122-124). Neben der Überwachung bekannter Extremisten muss auch das (dogmatische) Islamverständnis in vielen Familien beachtet werden, das eine Akzeptanz unserer Werte erschwert (S. 125). Mansour schildert 3 Ebenen der Radikalisierung: Die psychologische, die soziologische und die ideologische (S. 126 – 131). Islamisten sind oft gute Sozialarbeiter, die kritische Lebenssituationen nutzen. Überforderte Jugendliche suchen Halt in Gruppen, die ihnen Bedeutung und Macht vermitteln (127). Ideologisch ist das dogmatische Islamverständnis entscheidend, das in vielen Moscheen gepredigt wird, dabei auch die wörtliche Auslegung des Koran, Angstpädagogik, Antisemitismus und die Tabuisierung der Sexualität (S. 128 – 131). Eine interessante Verschwörungstheorie grassiert bzgl. der Ausweise, die von Terroristen oft am Tatort zurückgelassen werden. Manche Muslime sehen darin ein Machwerk des Westens¹⁷, psychologisch ist klar, dass die Täter sich bewusst zur Tat bekennen wollen (S. 130). Lehrer stehen islamistischen Phänomenen oft hilflos gegenüber, daher wäre eine gezielte Lehramtsausbildung nötig (S. 132, 134). Die Schule ist der wichtigste Ort zur Extremismus Prävention, z.B. könnte eine Biografiearbeit über die eigene Familie vielen Schülern helfen, ihre eigenen Wurzeln zu reflektieren (S. 133). Das Internet muss mehr genutzt werden und die Verbände (DITIB, Milli Görüs) dürfen erst als Partner gesehen werden, wenn sie ihr Islamverständnis reformieren (S. 135). Auf S. 136 bringt Mansour 8 Punkte zur Präventionsarbeit. Islamunterricht darf nur auf Basis von modernem Islamverständnis stattfinden (S. 137). Der Rechtsstaat ist konsequent durchzusetzen, vor allem gegenüber Moscheen mit Terrorkontakt (S. 138). Neben der präventiven Deradikalisierung ist auch der Umgang mit IS Rückkehrern wichtig, notfalls muss man ihnen die Kinder entziehen (S. 139). Bei Straffälligen ist auch die Betreuung nach dem Gefängnis wichtig. Mansour weist nochmals auf die Überforderung der Lehrer hin (S. 140) und schließt mit der Hoffnung, aus der „Generation Allah“ die „Generation Freiheit“ zu machen die unsere Werte befürwortet (S. 141).

„Antisemitismus und die Krise des politisierten Islam“¹⁸ von Dr. Blume. Jesiden gelten im Islam als Teufelsanbeter und Teil der „jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung“. Sie gilt es auszurotten (S. 142, auch 152). Eine besondere Spielart der Verschwörungstheorien ist, dass auch Erdogan und der IS Teil der Weltverschwörung seien um dem Islam zu schaden, ebenso feindliche innermuslimische Gegner (S. 143). In Deutschland marschieren Islamisten beim Al-Quds¹⁹ Tag teils mit Linksextremen und sogar mit Rechtsextremen gemeinsam (S. 144). Blume bringt auch weitere Beispiele von Antisemitismus als Bindeglied zwischen Links- und Rechtsextremen und Islamisten (S. 145). In Deutschland gut ausgebildete islamische Pädagogen und Theologen haben kaum Chancen in Moscheen und Verbänden, weil sowohl Geld als auch ideologisches Interesse fehlt. Liberale Moscheegemeinden werden vom Ausland garnicht, vom Inland leider auch nur wenig unterstützt²⁰ (S. 146). Blume zitiert aus der Münster-Studie zum von 2016²¹, nach der die Religiosität auch bei Muslimen zurückgeht, ähnlich die DIK-Studie von 2008. Muslimas ohne Kopftuch fallen nicht auf, demonstratives Kopftuchtragen schon, daher entsteht in der Öffentlichkeit ein einseitiges Bild (S. 147). Es sind nur weniger als 20% der Muslime in Verbänden

17 Sie interpretieren die Tat als vom Westen inszeniert, die dann den Muslimen in die Schuhe geschoben werden soll

18 Mit dem Titel spielt Blume wohl auf sein Buch „Islam in der Krise“ an

19 Am sog. Al-Quds Tag fordern Muslime eine Befreiung Jerusalems (arab. Al-Quds) von Israel

20 Die liberale Reformmoschee (Ibn-Rushd Goethe Moschee) in Berlin wird – laut Selbstauskunft – zu 80% von Seyran Ates, der Gründerin und Imamin der Moschee finanziert. Wer sie unterstützen will, die homepage ist <https://www.ibn-rushd-goethe-moschee.de/>

21 s. Fußnote 2

organisiert, bei denen kriselt es, sie seien finanziell und personell schlechter aufgestellt als früher. Christen und Muslime werden auch völlig unterschiedlich gezählt²², dadurch die Zahl der Muslime deutlich überschätzt (S. 148). Auslandsfinanzierung und auch das Internet fördern die Bildung von Parallelgesellschaften (S. 149). Die antisemitische Politisierung schadet dem Islam, widerspricht außerdem Koranversen²³ (S. 150). Mohammed ließ zwar jüdische Stämme vernichten, aber in Frühislam waren Juden nicht so stark verfolgt wie in christlichen Ländern (S. 151). 1485 bezeichnet Blume als Schicksalsjahr, denn damals ließ der Sultan den Buchdruck verbieten mit verheerenden Folgen für die Bildung im osmanischen Reich (S. 151/52). Die Schuld am Niedergang des Islam wird fast nie in eigenen Fehlern gesucht, stets in der Weltverschwörung (S. 152/53). Öl und anderen Rohstoffreichtum bezeichnet Blume als Fluch, da er die Völker nicht fordert und die Machteliten zur Festigung der eigenen Macht Bildung unterdrücken, die zur Überwindung u.a. der Verschwörungstheorien nötig wäre (S. 154). Im Fazit fordert Blume ein klares Vorgehen gegen islamistische Tendenzen, Unterstützung von liberalen Reformern, Beobachtung von ausländischen Quellen und mehr geschichtliche Bildung (S. 156/157). Er schließt mit „Hier ist auch gut gemeinte Toleranz fehl am Platz“.

„Paralleljustiz im deutschen Rechtsstaat – Friedensrichter, Streitschlichter, Schariagerichte“ von Prof. Christine Schirrmacher. In deutschen Gerichten wird schon in bestimmten Fällen das islamische Schariarecht angewendet, und zwar bei erb- und familienrechtlichen Fällen, wenn beide Parteien aus einem entsprechenden Land kommen (S. 159). Oft geht das zum Nachteil der Frauen aus. In Deutschland sind eigentliche Schariagerichte nicht genehmigt, in England sind sie in bestimmten Fällen zugelassen, z.B. bei Scheidung (160/61). In Kanada wurden sie 1991 eingeführt, aber 2005 wieder weitgehend abgeschafft (S. 162). In Deutschland haben (inoffizielle) Friedensrichter eine ähnliche Funktion wie Streitschlichter / Mediatoren, die aber im Gegensatz zu den islamischen Friedensrichtern eine Rechtsbasis haben²⁴ (S. 163). In einigen Ländern sind islamische Schiedsstellen offiziell zugelassen, Frauenverbände wehren sich meist dagegen, da Frauen im Schariarecht benachteiligt²⁵ sind (S. 164, 167 und 170). Die (inoffiziellen) Friedensrichter können zwar Streit schlichten, aber oft nicht nur am deutschen Recht vorbei sondern sogar im krassen Gegensatz dazu (S. 165). Das Problem ist aber, dass ein deutsches Urteil oft nicht anerkannt wird (S. 166) andererseits die islamischen Streitschlichter keine entsprechende Ausbildung haben. Oft werden Zeugen unter Druck gesetzt bis hin zur Strafvereitelung (S. 167/68). Dr Joachim Wagner hat darauf hingewiesen, dass das ein Zeichen für mangelnde Integration ist (S. 169, auch 171). In islamischen Staaten gilt meist kein Scharia-Strafrecht, aber die Scharia gilt für zivilrechtliche Fragen ((S. 170).

„German Dream – unsere Antwort auf den politischen Islam“ von Düzen Tekkal. Wie so manche Deutsche mit Migrationshintergrund verteidigt Tekkal ihre (neue) Heimat Deutschland vehement. Der politische Islam ist in ihren Augen das Gegenteil von gelungener Integration (S. 172), er wird aber über die Verbände intensiv gestützt. Sie beklagt, dass der Verfassungsschutz bei der Förderung der Verbände nicht mit einbezogen wird (S. 173). Als Beispiel nennt sie die DITIB und den irannahen IGS. Wir brauchen einen Verfassungs-Patriotismus gegen den Fundamentalismus und dumpfen Nationalismus²⁶ (S. 174 und 179). „Es geht nicht darum, woher man kommt, sondern wohin man will.“ Wir brauchen eine neue Debattenkultur und man muss auch mit Kritikern²⁷ reden, nur so kann man Konsens schaffen (S.175). Tekkal beschreibt ihren eigenen Familienhintergrund

22 Als Christen zählen die beitragspflichtigen Mitglieder einer Kirche, als Moslem wer muslimische Eltern hat.

23 Blume bezieht sich auf Sure 17:104; M.E. Ist 5:21 noch entscheidender, als Allah Moses zu den Israeliten sagen lässt: „Betretet das heilige Land, das Allah für euch bestimmt hat“ (Übs. Rassoul)

24 Seit 2012 gibt es das Mediationsgesetz

25 Z.B. zählen sie weniger vor Gericht (Sure 2:252) und erben nur die Hälfte (4:11)

26 Anm: auch gegen Linksextremismus, den erwähnt sie nicht

27 Nur aus Kritik kann man lernen, das erkannte schon Sun Tsi (ca. 500 v.Chr.), „Wer mich kritisiert, ist mein Lehrer“

samt des mühsamen, aber offenbar perfekt gelungenen Integrationsprozess der Familie (S. 176/77). Trotz Diskriminierung, die auch sie erfahren hat, darf man keine Opferrolle annehmen (S. 178). Sie erzählt von ihrer Schwester, einer Bundesliga-Fußballerin, die immer davon geträumt hat, den Bundesadler in Nationalteam auf der Brust zu tragen, ein Traum, der sich aber nicht erfüllt hat (S. 176) und kritisiert Özil, der dem Despoten Erdogan gehuldigt hat (S. 180). Fazit: Es gibt viele Einwanderer, die hier erfolgreich und glücklich sind, lassen wir sie als Botschafter wirken! (S. 180 und 261)

„Deutsche Islamkonferenz – eine Positionierung“ von Markus Kerber, dem verantwortlichen Staatssekretär im Innenministerium für die Deutsche Islamkonferenz (DIK). Kritik an der DIK kam von allen Seiten, sie befördere einen Staatsislam, sie sei zu sehr auf die konservativen Dachverbände fixiert, sie fördere Generalverdacht gegen Muslime. Die DIK soll aber ein Forum für den Dialog Muslime – Staat sein (S. 181). Sie soll die Beteiligung aller Betroffenen sichern und die Kooperation fördern. Voraussetzung ist die Einigkeit über grundlegende Werte²⁸ (S. 182). Staat und Religion sind bei uns getrennt, der wechselseitige Einfluss ist dadurch begrenzt (*aber nicht ausgeschlossen*) (S. 183). Einen religiös begründeten Herrschaftsanspruch darf es nicht geben (S. 184). Auch gegen einen legalistischen Islamismus ohne Terror muss sich der Staat zur Wehr setzen. Die Zusammensetzung der DIK variiert, prinzipiell sind Verbände, Einzelpersonen und Fachexperten beteiligt (S. 185). Durch die Zuwanderung gab es auch eine Verschiebung innerhalb der Muslime in Deutschland, es gibt jetzt wesentlich mehr aus arabischen Staaten (S. 186). Die DIK erhebt nicht den Anspruch, eine Repräsentanz der deutschen Muslime zu sein. Mehrere Studien sind von ihr beauftragt worden (S. 187), thematisch in den Bereichen „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „strukturelle bzw. religionsrechtliche Integration“ und „soziale Integration“ (S. 188). Die Umsetzung der Ergebnisse /Empfehlungen muss gefordert, gefördert und überprüft werden. Durch die Zuwanderung erweitert sich die Vielfalt des Islam und damit auch der Kreis der Betroffenen, es gibt inzwischen 11 Dachverbände in der DIK, auch die Wissenschaft ist verstärkt einzubeziehen (S. 189). Der Staat darf nicht bestimmte Strömungen innerhalb der Religionsgemeinschaften fördern, daher muss er das auch hier dem innerislamischen Diskurs überlassen (S. 190). Die politischen Parteien sollten aktiver werden, von den Ländern ist eine kritischere Überprüfung der Verbände gefordert (Beisp. DITIB) (S. 191). Die Ausbildung von Imamen und anderem Personal soll in Deutschland erfolgen, der islamische Religionsunterricht muss die Kinder widerstandsfähig gegen extremistische Strömungen machen (S. 192/93).

„Flucht, Islam, Integration – Aufnahme- und Integrationsleistung in einer deutschen Stadt“ von Boris Palmer, OB in Tübingen. Das „wir schaffen das“ hat Palmer als Auftrag an die deutschen Kommunen verstanden, die aber an die Grenzen der Leistungsfähigkeit kamen. Ein weiterer großer Zustrom hätte alle Beteiligten überfordert (S. 194). Das Schließen der Grenzen war evtl. moralisch bedenklich, aber realpolitisch notwendig. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen war kurzfristig das wichtigste kommunale Ziel, vor allem die Wohnraumnot hat sich verschärft in den „Schwarmstädten“ (S. 195). Palmer plädiert für langfristige Lösungen im Wohnbau statt rasch nur Notunterkünfte zu erstellen (S. 196). Insgesamt für die Kommune ein immenser finanzieller und personeller Aufwand, wobei viele Probleme noch nicht gelöst sind, vor allem der oft ungeklärte Aufenthaltsstatus (S. 197). Palmer beklagt die falschen Anreize im System, wer sich bemüht und arbeitet kann leichter abgeschoben werden als Illegale (S. 198/99). Er redet offen über den Anstieg von Gewaltkriminalität durch bestimmte Migrantengruppen und vom Verlust des Sicherheitsgefühls bei vielen Bürgern, aber warnt von der Gleichsetzung Migrant = kriminell = Moslem (S. 199/200). Das schlechte Image der Migranten schlägt auch auf die gut integrierten zurück. Weitere Probleme sind die schlecht besuchten Integrationskurse (Abwesenheitsquote bis 50%) (S. 201), geringe Beschäftigung (ca. 20%), und dass daraus rechte Gruppen Kapital schlagen (S. 202). Des weiteren ist

28 s. Fußnote 2

die Vermittlung kultureller Kompetenz problematisch wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, freiwillige Kurse dazu werden nicht ernst genommen (S. 203/04). Palmer möchte den Faktor Religion klein halten und eine Vermischung von religiösen und kulturellen Problemen vermeiden (S. 205).

„Der politische Islam in den Medien“ von A. Schnadwinkel. Erdogan hat in Sarajevo die Türkischstämmigen aufgerufen, die Staatsbürgerschaft der Länder anzunehmen und sich politisch zu engagieren²⁹ (S. 207). Aber Leute wie Cem Özdemir hält er für Verräter am Türkentum. Die Medien berichten selten über solche Aktionen, sind meist schlecht informiert, sehen im politischen Islam keine Bedrohung unserer Lebensweise. Nur wenige Zeitungen haben den Mut, wie z.B. die FAZ und die Welt, Kritik an dem Einfluss vom muslimischen Ausland zu üben (S. 208). Nur manchmal kommen Experten mit kritischen Meinungen in den Medien zu Wort, interessante Aussagen von Dr. Ourghi oder CDU-MdB Toprak werden von Schnadwinkel ausführlich dargestellt. (*Bem: Das sind m.E. Aber eher Ausnahmen*) (S. 209). Man muss den gesamten Islam in den Blick nehmen und nach Freunden³⁰, Gegnern und Feinden differenzieren. Es gibt aber auch unter den Islamwissenschaftlern Stimmen, die den politischen Islam verharmlosen³¹ (S. 210). Kritiker werden oft bedroht oder mit Prozessen überzogen, als Beispiele wird der Kabarettist Dieter Nuhr und der Blog Ruhrbarone dargestellt (S. 211). In über 80 DITIB-Moscheen wurden am türkischen Nationalfeiertag Heldenverehrung betrieben, Jungen traten in Soldatenuniformen auf, die Medien berichteten nur sehr zögerlich davon (S. 212/13). Schnadwinkel kritisiert auch DPA und Spiegel online zu diversen Schlagzeilen, z.B. Moscheebau in Kaufbeuren, und zitiert dabei auch den islamkritischen Blog pi-news.net. (S. 214) Diverse links-liberale Medien incl. der öffentlich-rechtlichen agierten früher sehr zurückhaltend, jetzt etwas weniger. Islamwissenschaftler Günes stellt u.a. die türkische AKP auf eine ähnliche Stufe wie den IS. „Der eigentliche DITIB-Skandal liegt in der Naivität der Deutschen“ wird Ansgar Graw zitiert und moniert, dass die DITIB immer noch als Partner gesehen wird. (S. 215). Ungeachtet dessen lobt der SPD-MdB Michael Roth die Kölner DITIB-Moschee, wohl aus parteipolitischen Interessen (S. 216, auch 255). Islamthemen bringen dem TV Quote, aber oft sind die Moderatoren überfordert. Alice Schwarzer greift die Forderung auf, friedliche Muslime müssen den Islam vom Islamismus befreien (S. 217). S. 218 beginnt mit der Behauptung, die große Mehrheit der Muslime sei gemäßigt (*Bem: Studien aus Münster³² und das Wahlverhalten der Türkischstämmigen scheinen das aber zu widerlegen*). Samuel Schirmbeck, der ehem. ARD-Korrespondent in Algerien, hält den Umgang der Linken mit dem Islam für fatal und wird mit einem bemerkenswerten Kommentar zum deutschen und islamische Schuldgefühl zitiert. An anderer Stelle geißelt er den Islamophobie- und den Rassismusvorwurf, der oft gegen Islamkritiker erhoben wird (S. 218). Verbände sind keine guten Partner für Islamunterricht. Und selbst der Islamexperte el Karoui rät den Deutschen, keine Angst vor Nazi-Vorwürfen zu haben (S. 219).

„Agenda gegen den politischen Islam“ von C. Linnemann. CDU MdB. Der Staat soll den Rahmen schaffen, innerhalb dessen sich der Einzelne frei entfalten kann. Dazu sind gemeinsame Werte notwendig (S. 220). Der Staatsrechtler Böckenförde geht davon aus, dass nicht jede Religion zu unseren Werten passt, speziell die Werte in islamischen Kulturkreisen lassen sich mit unseren nur schwer in Einklang bringen. Zusätzlich gibt es Sprach- und Bildungsdefizite (S. 221). Auf S. 222 schildert Linnemann seine Erfahrungen aus einem 2-monatigen Aufenthalt in Saudi Arabien mit dem wahabitischen Islam. In Deutschland entdeckt er einen islamischen Blog, der offen das Schlagen von Frauen³³ propagiert (S. 223). Konflikte sind vorprogrammiert, wenn zu viele kulturfremde Zuwanderer in zu kurzer Zeit kommen, wie in 2015 (S. 224). Das Beispiel der Kölner DITIB Moschee zeigt, dass eine Unterstützung von Moscheebauten nicht unbedingt das

29 Ziel ist offensichtlich die Islamisierung/Türkisierung dieser Länder

30 D.h. engagierte Muslime, die einen Islam entwickeln wollen, der zu Deutschland bzw. Europa passt

31 Schnadwinkel nennt hier Prof. Gudrun Krämer, die den politischen Islam für „nicht systemgefährdend“ hält

32 s. Fußnote 2

33 Gemäß Koran Sure 4:34

Zusammenleben fördert – bei der Eröffnung war zwar Erdogan da, aber kein deutscher Politiker (S. 225). Erdogan zeigte dabei auch den Gruß der türkischen Faschisten und den der Muslimbrüder³⁴. Erdogan wurde von Türken zugejubelt, eine Studie zeigt, dass nur 20% gut integriert sind (S. 226). Der Moslemanteil in Deutschland wird steigen, evtl. auf 20% in 2050, auch durch Zuwanderung. Die Quote bei Asyl-Anerkennung sank auf 34 % in 2018, leider waren unter den „Schutz-suchenden“ auch Kleinkriminelle und Terroraffine (S. 227). Die Herausforderung des Lebens in Deutschland frustriert viele der vor allem jungen männlichen Flüchtlinge, manche suchen Halt in ihrer Religion, das gilt auch für hier Geborene. Ein Einfallstor für Extremisten (S. 228). Die Salafisten sind zwar momentan im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften nicht sehr erfolgreich, aber in der Zukunft kann sich das ändern (S. 229). Auf S. 230 bringt Linnemann Beispiele aus Schulen, in denen religiöser Extremismus wie striktes Fasten im Ramadan oder religiöses Mobbing, vor allem bzgl. Kopftuch, stattfindet, ebenso wachsender muslimischer Antisemitismus (S. 230/31). Der politische Islam wächst, auch durch die konservativen Verbände, aber es gibt auch Bestrebungen einen liberalen Islam zu etablieren, diese Bestrebungen sollten wir stärker fördern. Ein Problem ist, dass liberale Muslime sich nur selten äußern, sie werden oft massiv bedroht (S. 232). Die konservativen Verbände vertreten dabei unter 25% der Muslime, geben aber vor für alle zu sprechen. In der Deutschen Islamkonferenz (DIK) waren anfangs viele Strömungen vertreten, in der 2. Runde aber nur noch die Verbände (S. 233), erst in der neuen Runde sind liberale wieder dabei. Linnemann warnt vor einer Sonderrolle für Muslime und fordert striktere Kontrollen bei der Vergabe von Projektfördermitteln (S. 234). In einem Aktionsplan ab S. 235 führt er 8 Punkte an:

1. Kulturrabatt ausschließen: Religionsfreiheit darf nicht missbraucht werden, für Delikte mit kulturell- religiöser Prägung darf es keinen Rabatt geben. Das Recht muss für alle gleich sein, Linnemann führt hier Kinder- und Mehrehe an (S. 236/37).
2. Kinderkopftücher in Schulen und Kitas verbieten für Mädchen unter 14. Die Entwicklung der Kinder ist sonst gefährdet, eine Selbstaussgrenzung muss verhindert werden (S. 238/39)
3. Schulen als Orte der Integration stärken. Es gibt in Grundschulen oft einen sehr hohen Migrantenanteil, Gewalt gegen Lehrer, vor allem Probleme bei weiblichen Lehrkräften (ca. 90% des Lehrkörpers). Vor Generalverdacht wird gewarnt, aber die Grundschulen bilden ein wesentliches Fundament der Integration. Sprachprobleme sind ein wesentliches, aber nicht das alleinige Problem (S. 239/44).
4. Moscheen: Transparenz herstellen. Behörden wissen meist nicht, was in Moscheen passiert, die kriegsverherrlichenden Aktionen bei DITIB kamen nur durch Zufall auf. Transparenz, auch finanziell, ist bei uns üblich, etwa im Mittelstand, das muss auch für religiöse Gruppen gelten und darf nicht nur auf freiwilliger Basis geschehen. Man braucht ein Zentralregister für religiöse Gruppierungen (S. 244/46).
5. Privilegien für Imame etc. abschaffen – neues Visum einführen. Die geistlichen Führer haben eine Schlüsselrolle bei der Integration, daher sollte der Staat wissen, wer, was, wann predigt. Visa für ausländisches Moscheepersonal müssen an schärfere Bedingungen geknüpft und besser überwacht werden (S. 247/49).
6. Den liberalen Islam fördern. Liberale Reformer im Islam werden von den Verbänden bekämpft und von Extremisten bedroht – sie haben es doppelt schwer. Aber sie sind notwendig, eine Reform kann nur von innen heraus erfolgen. Aber während Konservative und Extremisten finanziell vom Ausland unterstützt werden, haben die liberalen das Nachsehen (S. 250/52).
7. Präventionspolitik reformieren. Viele Gefährder sind hier geboren und sozialisiert. Man braucht Projekte für Jugendliche, aber die müssen genau definiert und kontrolliert werden, sonst besteht die Gefahr, dass sie sogar kontraproduktiv sind. Das Salafisten oft sehr effizient Sozialarbeit betreiben, muss der Staat hier etwas dagegensetzen. Der

34 Wolfsgruß und Rabia-Gruß

- Projektwarr muss beendet werden (S. 252/54).
8. Fördern und Fordern. Der Staat bietet viel zur Integration an, z.B. Sprachkurse, die aber nicht immer ernstgenommen werden, viele Teilnehmer fehlen oft. Teilnahme muss verbindlich sein und Verstöße sanktioniert werden. Beispiele aus der Schweiz könnten ein Modell sein, dort gibt es Integrationsvereinbarungen mit Anreiz und Sanktionen. In Deutschland werden oft nur die Pflichten der Behörden gesehen, nicht die Pflichten der Zuwanderer. Wer an der Integration spart, zahlt in Zukunft mehr (S. 255/259).

Das Problem mit dem politischen Islam soll auch ein EU-Thema sein, andere Länder wie Dänemark, Österreich oder Frankreich haben klare und gute Ansätze, diese sollten durch die EU gestützt und ergänzt werden (S. 259/60). Zum Schluss appelliert Linnemann an die gut integrierten, erfolgreichen Muslime, in die Öffentlichkeit zu gehen und als Vorbilder zu wirken (S. 261, auch 180).

München, 18.06.2019

Kontakt zu H.Diehl: menschenrecht.religion@web.de